Stand: 14.07.2025 00:51:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/23246

"Forschungsstand zur Provenienz von Kunst- und Kulturobjekten vor 1989"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/23246 vom 22.06.2022
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/24314 des WK vom 06.07.2022
3. Beschluss des Plenums 18/24455 vom 12.10.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 124 vom 12.10.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.06.2022 **Drucksache** 18/**23246**

# Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und
**Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Forschungsstand zur Provenienz von Kunst- und Kulturobjekten vor 1989**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis Ende 2022 einen Bericht zum Sachstand der Forschung an Objekten, die zur Zeit der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in staatlichen Besitz übergegangen sind, vorzulegen, und darüber im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst zu berichten. Die Landesstelle für nichtstaatliche Museen soll in den Bericht aufgenommen werden.

Dabei soll auf die folgenden Schwerpunkte eingegangen werden:

– Welchen Stellenwert misst die Staatsregierung der Forschung an Objekten mit ungeklärter Provenienz aus der Zeit der SBZ und DDR bei?

– Welche Erkenntnisse aus der 2021 von der Landesstelle für nichtstaatliche Museen durchgeführten Umfrage zu Objekten aus der SBZ/DDR lassen sich für die staatlichen Institutionen ableiten?

– Gibt es Objekte in staatlichem Besitz, bei denen nicht ausgeschlossen werden kann, dass diese in der Zeit von 1945 bis 1989 aus der ehemaligen DDR oder der SBZ in staatlichen Besitz übergegangen sind und aus deren Provenienz eine Kulturgutentziehung nicht ausgeschlossen werden kann?

– Wie ist der Stand der analogen und digitalen Erfassung, Dokumentation und Zugänglichmachung von Objekten in staatlichem Besitz, deren Provenienz ungeklärt ist und die in der Zeit zwischen 1945 und 1989 aus dem ehemaligen Staatsgebiet der DDR oder der SBZ stammen könnten?

– Gibt es Fälle von Rückführungs- oder Restitutionsanfragen für Kunstwerke, die in der Zeit zwischen 1945und1989 aus dem ehemaligen Staatsgebiet der DDR oder der SBZ stammen könnten? Mit welchen Ergebnissen?

– Wie unterstützt die Staatsregierung Privatpersonen, private Sammlungen und Stiftungen bei der Provenienzforschung und etwaigen Restitutionsvorgängen?

– Wie viele Vollzeitäquivalente zur Provenienzforschung gibt es an den staatlichen Museen und staatlichen Wissenschaftseinrichtungen (mit Auflistung des Stellenumfangs und der Eingruppierung)? Wie hoch wird der Bedarf an nichtstaatlichen Museen eingeschätzt? Sind die Stellen befristet? Wie viele beschäftigen sich mit der Zeit der SBZ und DDR?

– Ist geplant, die Forschung zu dem Themenkomplex Kulturgutentzug aus Enteignungen zur Zeit der SBZ und DDR auszubauen?

– Wie hoch sind die Mittel, abgesehen von den Personalkosten, die für die Forschung an Objekten zur Verfügung stehen, die zwischen 1945 und 1989 in staatlichen Besitz übergegangen sind?

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

**Begründung:**

Provenienzforschung wird in Bayern eine Generationenaufgabe bleiben. Dies lässt auch der aktuelle Tätigkeitsbericht des Forschungsverbunds Provenienzforschung Bayern erkennen.

Während die Provenienzforschung zu Raubkunst und Enteignungen von jüdischem Eigentum zur Zeit des Nationalsozialismus in deutschen Museen mittlerweile zum Standard gehört, sind Zahl und Umfang und die anschließende „Verwertung“ enteigneter Kulturgüter durch die DDR auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung kaum erfasst. Private Sammlungen in der SBZ und später in der DDR mussten Kunstwerke abgeben, die dann oftmals in den Westen verkauft wurden, teilweise nachdem Druck auf die Eigentümer ausgeübt wurde (siehe Museum heute Nr. 60. S 57). Um das Devisengeschäft anzukurbeln, ließ die DDR-Führung seit den 1950er Jahren und noch bis zum Sommer 1989 ausgewählte westliche Kunsthandlungen ins Land mit dem Ziel, aus Enteignungen stammende Objekte in den Westen zu verkaufen. Oft wurde die Herkunft der Objekte gezielt verschleiert. Auch wenn die Objekte unter Einhaltung von Gesetzen in das Eigentum westlicher Museen übergegangen sind, stellt sich die Frage der ethischen Rechtmäßigkeit.

Im Bereich privater Museen wurde der Bedarf erweiterter Forschung bereits erkannt. Zwischen März und September 2021 führte die Landesstelle für nichtstaatliche Museen eine Umfrage unter privaten Museen durch. Dem Großteil der Museen (173 bzw. 86,93 Prozent) stehen keine Mitarbeitenden für Provenienzforschung zur Verfügung. Rund ein Viertel der Museen gab an, Objekte mit unbekannter Provenienz in ihrem Bestand zu führen. Einige wenige private Museen wissen bereits, dass sie Objekte in ihrem Bestand haben, bei denen ein Kulturgutentzug aus der DDR/SBZ nicht ausgeschlossen werden kann.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 06.07.2022 **Drucksache** 18/**24314**

# Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Wissenschaft und Kunst**

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 18/**23246**

**Forschungsstand zur Provenienz von Kunst- und Kulturobjekten vor 1989**

## I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass der erste Absatz folgende Fassung erhält:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis Ende 2022 einen schriftlichen Bericht zum Sachstand der Forschung an Objekten, die zur Zeit der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in staatlichen Besitz übergegangen sind, vorzulegen. Die Landesstelle für nichtstaatliche Museen soll in den Bericht aufgenommen werden.“

Berichterstatterin: **Susanne Kurz**
Mitberichterstatterin: **Dr. Ute Eiling-Hütig**

## II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 67. Sitzung am 6. Juli 2022 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.

**Robert Brannekämper**
Vorsitzender

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 12.10.2022 **Drucksache** 18/**24455**

# Beschluss

**des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/**23246**, 18/**24314**

**Forschungsstand zur Provenienz von Kunst- und Kulturobjekten vor 1989**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bis Ende 2022 einen schriftlichen Bericht zum Sachstand der Forschung an Objekten, die zur Zeit der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in staatlichen Besitz übergangen sind, vorzulegen. Die Landesstelle für nichtstaatliche Museen soll in den Bericht aufgenommen werden.

Dabei soll auf die folgenden Schwerpunkte eingegangen werden:

– Welchen Stellenwert misst die Staatsregierung der Forschung an Objekten mit ungeklärter Provenienz aus der Zeit der SBZ und DDR bei?

– Welche Erkenntnisse aus der 2021 von der Landesstelle für nichtstaatliche Museen durchgeführten Umfrage zu Objekten aus der SBZ/DDR lassen sich für die staatlichen Institutionen ableiten?

– Gibt es Objekte in staatlichem Besitz, bei denen nicht ausgeschlossen werden kann, dass diese in der Zeit von 1945 bis 1989 aus der ehemaligen DDR oder der SBZ in staatlichen Besitz übergegangen sind und aus deren Provenienz eine Kulturgutentziehung nicht ausgeschlossen werden kann?

– Wie ist der Stand der analogen und digitalen Erfassung, Dokumentation und Zugänglichmachung von Objekten in staatlichem Besitz, deren Provenienz ungeklärt ist und die in der Zeit zwischen 1945 und 1989 aus dem ehemaligen Staatsgebiet der DDR oder der SBZ stammen könnten?

– Gibt es Fälle von Rückführungs- oder Restitutionsanfragen für Kunstwerke, die in der Zeit zwischen 1945und1989 aus dem ehemaligen Staatsgebiet der DDR oder der SBZ stammen könnten? Mit welchen Ergebnissen?

– Wie unterstützt die Staatsregierung Privatpersonen, private Sammlungen und Stiftungen bei der Provenienzforschung und etwaigen Restitutionsvorgängen?

– Wie viele Vollzeitäquivalente zur Provenienzforschung gibt es an den staatlichen Museen und staatlichen Wissenschaftseinrichtungen (mit Auflistung des Stellenumfangs und der Eingruppierung)? Wie hoch wird der Bedarf an nichtstaatlichen Museen eingeschätzt? Sind die Stellen befristet? Wie viele beschäftigen sich mit der Zeit der SBZ und DDR?

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

– Ist geplant, die Forschung zu dem Themenkomplex Kulturgutentzug aus Enteignungen zur Zeit der SBZ und DDR auszubauen?
– Wie hoch sind die Mittel, abgesehen von den Personalkosten, die für die Forschung an Objekten zur Verfügung stehen, die zwischen 1945 und 1989 in staatlichen Besitz übergegangen sind?

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Freller**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

**Erster Vizepräsident Karl Freller**: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Auch bei den fraktionslosen Abgeordneten gibt es kein abweichendes Votum. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

# Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

| | |
|---|---|
| (E) | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses |
| (G) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen |
| (ENTH) oder | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen |
| | Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A) | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder |
| | Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss |
| (Z) | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss |

## Verfassungsstreitigkeiten

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 12. Juli 2022
(Vf. 36-IVa-22) betreffend Verfassungsstreitigkeit zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und dem Antragsgegner
Bayerischer Landtag
über die Frage, ob der Antragsgegner dadurch,
1. „dass der Antragsgegner alle von der Antragstellerin vorgeschlagenen Kandidaten zur Besetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums ohne sachlichen Grund abgelehnt hat“,
2. „dass die Durchführung eines ordnungsgemäße(n) Moderationsverfahren(s) ohne sachlichen Grund abgelehnt worden ist“,
3. „dass sich das parlamentarische Kontrollgremium ohne Beteiligung der Antragstellerin am 22.01.2019 konstituiert hat“,
verfassungsmäßige Rechte der Antragstellerin verletzt hat, sowie dadurch,
„dass der Antragsgegner es einem Vertreter der Antragstellerin unmöglich macht, Rechte und Pflichten als Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums wahrzunehmen“, verfassungsmäßige Rechte der Antragstellerin verletzt

PII-G1310.22-0008
Drs. 18/24260 (G) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unzulässig, jedenfalls aber unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | A | Z | Z |

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 25. Juli 2022
(Vf. 11-VIII-22) betreffend Meinungsverschiedenheit
zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnern
1. Bayerischer Landtag
2. Bayerische Staatsregierung
3. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
4. Fraktion Freie Wähler im Bayerischen Landtag
vom 19. Juli 2022 über die Frage, ob das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022 - HG 2022) vom 22. April 2022 (GVBl. S. 102) die Bayerische Verfassung verletzt

PII-G1310.22-0011
Drs. 18/24283 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Der Antrag ist unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | A | Z | Z |

3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 4. August 2022 (Vf. 12-VIII-22 und Vf. 13-VII-22) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin
Fraktion Alternative für Deutschland im Bayerischen Landtag
und den Antragsgegnern
1. Bayerischer Landtag
2. Bayerische Staatsregierung
3. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
4. Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
5. Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag
6. BayernSPD-Landtagsfraktion
7. FDP-Fraktion im Bayerischen Landtag
vom 25. Juli 2022 über die Frage, ob § 1 Nr. 1 Buchst. b des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) sowie Art. 1 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1992 (GVBl. S. 162, BayRS 34-1-I), das zuletzt durch Gesetz vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) geändert worden ist, die Bayerische Verfassung verletzen
– Vf. 12-VIII-22 –
und
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 1 Nr. 1 Buchst. b des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) sowie Art. 1 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung (AGVwGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Juni 1992 (GVBl. S. 162, BayRS 34-1-I), das zuletzt durch Gesetz vom 22. April 2022 (GVBl. S. 148) geändert worden ist
- Vf. 13-VII-22 -

PII-G1310.22-0012
Drs. 18/24261 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
II. Die Anträge sind unbegründet.
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | A | Z | Z |

**Europaangelegenheiten**

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit
Nachhaltiges EU-Lebensmittelsystem – neue Initiative
28.04.2022 - 21.07.2022
Drs. 18/22849, 18/24389 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | A | Z | Z | A | Z |

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Lebensmittelsicherheit
Verringerung der Lebensmittelverschwendung – Zielvorgaben
24.05.2022 - 16.08.2022
Drs. 18/23314, 18/24391 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | **ohne** |

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

6. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
Überarbeitung des EU-Schulprogramms für Obst, Gemüse und Milch – EU-Beihilfe
05.05.2022 - 18.07.20222
Drs. 18/23323, 18/24392 (E)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

7. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Europäischen Kommission an das Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen;
EU-Justizbarometer 2022
COM(2022) 234 final
BR-Drs. 231/22
Drs. 18/23324, 18/24386 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | A | Z | Z | ENTH | Z |

8. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union

Mitteilung der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: REPowerEU-Plan
COM(2022) 230 final
BR-Drs. 232/22
Drs. 18/23342, 18/24385 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | ENTH | Z | A | ENTH | Z |

**Anträge**

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unterstützung für den Landesheimrat ausbauen, inklusive und flächendeckende Beteiligung ermöglichen
Drs. 18/21313, 18/24215 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | ENTH | Z |

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesellschaftliche Teilhabe schnell ermöglichen I – Zugang zu Kita, Jugendhilfe, psychosozialer Versorgung für geflüchtete Frauen, Kinder und Jugendliche aus der Ukraine
Drs. 18/21658, 18/24307 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesellschaftliche Teilhabe schnell ermöglichen II – Zugang zu Schulbildung für geflüchtete Kinder und Jugendliche aus der Ukraine
Drs. 18/21726, 18/22993 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | ENTH | Z | Z |

12. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Öffnungszeiten 24/7 für digitale Kleinstsupermärkte
Drs. 18/22226, 18/24277 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | ENTH | A | Z | A | Z |

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Persönliche Assistenz von Menschen mit Behinderung in Bayern
Drs. 18/22464, 18/24216 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | ENTH | Z | Z |

14. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Weiterentwicklung der Beratungsstelle Barrierefreiheit zu einer Landesfachstelle Barrierefreiheit
Drs. 18/22497, 18/24217 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

15. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Christian Flisek u.a. SPD
Partizipation stärken – öffentlichkeitswirksame Kampagne für den Landesheimrat
Drs. 18/22680, 18/24218 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

16. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Familien steuerlich entlasten – Familiensplitting nach französischem Vorbild einführen!
Drs. 18/23093, 18/24297 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

17. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich bekämpfen – mehr Notfallsanitäter ausbilden
Drs. 18/23178, 18/24302 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Konkurrenzfähige Rahmenbedingungen für Bus- und LKW-Führerscheine schaffen
Drs. 18/23210, 18/24320 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | ENTH | Z | Z | Z | ENTH |

19. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frühwarnsystem für den Tierschutz einführen - Tiergesundheitsdatenbank Bayern jetzt
Drs. 18/23214, 18/24280 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | A | Z | Z |

20. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Fachgespräch zu Niederlassungsmöglichkeiten für Ärzte in Bayern
Drs. 18/23218, 18/24303 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

21. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Ruth Müller, Florian von Brunn u.a. SPD
ÖPNV und SPNV in Bayern
Drs. 18/23219, 18/24322 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | Z | A | Z | Z | Z |

22. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Forschungsstand zur Provenienz von Kunst- und Kulturobjekten vor 1989
Drs. 18/23246, 18/24314 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | Z | Z | Z |

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Dr. Gerhard Hopp, Prof. Dr. Winfried Bausback, Carolina Trautner, Steffen Vogel und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
JETZT: Bund muss Coronatests weiterhin bezahlen – Länder und Kommunen brauchen Planungssicherheit – Bürger dürfen nicht unter der Zauderei des Bundes leiden
Drs. 18/23288, 18/24304 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | A | Z | A | A | A |

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Frühwarnsystem Große Beutegreifer etablieren
Drs. 18/23289, 18/24212 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | ENTH | Z | Z |

25. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Nitratausnahmeregelung für organischen Stickstoffdünger verlängern
Drs. 18/23316, 18/24213 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

26. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Andreas Winhart, Prof. Dr. Ingo Hahn u.a. und Fraktion (AfD)
Expertenanhörung Gewässerschutz und Artenvielfalt
Drs. 18/23353, 18/24281 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| A | A | A | Z | A | A |

27. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU
Für mehr nachhaltige Energie im Kulturstaat Bayern: Gemeinsam die Herausforderungen von Energiewende und Denkmalschutz meistern
Drs. 18/23355, 18/24313 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | ENTH | Z | Z |

28. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einführung einer Warn-App für große Beutegreifer
Drs. 18/23369, 18/24214 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | ENTH | Z | Z |

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über die Fortschritte und Planungen für eine klimaresistente und klimaneutrale Staatsverwaltung
Drs. 18/23452, 18/24282 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | A | ENTH | Z |

30. Antrag der Abgeordneten Robert Brannekämper, Prof. Dr. Winfried Bausback, Alex Dorow u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Kerstin Radler u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Raubgrabungen verhindern, Kulturgut schützen!
Drs. 18/23453, 18/24312 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | ENTH | Z | Z |

31. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Bestandsaufnahme –
Ökonomische Lage der bayerischen Landwirtschaft
Drs. 18/23456, 18/24247 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

| CSU | GRÜ | FREIE WÄHLER | AfD | SPD | FDP |
|---|---|---|---|---|---|
| Z | Z | Z | A | Z | ENTH |